

Macht und Weltordnung*

von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Köchler

«Es kann nicht unwiderrufliches Schicksal der Gattung Mensch sein, dass sie die dem Individuum eigene Vernunft – und damit die Fähigkeit, verantwortlich zu handeln – im kollektiven Handeln auf dem Altar der Machterhaltung und Machtsteigerung souveräner Staaten, die den jeweils anderen grundsätzlich als Feind (als Bedrohung ihrer eigenen Existenz) betrachten, opfert.»

Ein weiteres Jahr weltpolitischen Ringens um die Neubestimmung der Machtkonstellation geht zu Ende*. Auch wenn philosophisch *jeder* Tag ein Tag der Besinnung ist – und nicht nur das symbolische Datum, das durch eine Zählheit, ob Jahr, Dekade oder Jahrhundert, definiert wird –, so nehme ich diesen Zeitpunkt, *hic et nunc*, zum Anlass, den Hintergründen und Leitmotiven des Handelns nachzuspüren, das sich von der «Logik der Macht» leiten lässt. Ich werde dabei nicht – im Sinne von *relata refero* [«ich erzähle, was ich gehört habe», Anm. d. Red.] – eklektisch aus der unübersichtlichen Literatur zu dem Thema zitieren, sondern meine «Phänomenologie der Macht» – ganz im Sinne von *Husserls* Methode – als Beschreibung und Analyse dessen entfalten, was mich eine bald fünfzigjährige Auseinandersetzung mit der globalen «Realpolitik» gelehrt hat.¹ Es geht mir zunächst nicht um *Präskription*, sondern um *Deskription*. Wenn man der eigenen Vorstellung von dem, wie die Welt sein *soll*, Nachdruck verschaffen will, muss man zuerst wissen, wie die Welt *ist*. Wunschdenken verstellt den Blick auf die Wirklichkeit und macht effektives Handeln unmöglich. Bei der phänomenologischen Beschreibung der Logik der Macht kommt naturgemäss der psychologischen Analyse besondere Bedeutung zu. Es geht hierbei um die Rekonstruktion der Motive sowohl des individuellen Handelns (des Politikers) wie des kollektiven Handelns (des Staates).

Anthropologische Konstante der Macht

Was sich durch alle geschichtlichen Epochen durchhält, bezeichne ich als anthropologische Konstante der Macht. Es geht dabei um den Selbstbehauptungsdrang (einschliesslich des Geltungsdranges) des *Individuums* und in der Folge des *Kollektivs* – des Staates – als eines Zusammenschlusses von Individuen zur Sicherung zunächst des Überlebens, aber in der Folge auch des «guten Lebens» der ihm Angehörenden. Klassisches Beispiel dafür ist der moderne Wohlfahrtsstaat. Mit Bezug auf den Staat als rechtliche Organisationsform ist Macht das Mittel, die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Zieles für jeden Einzelnen, der diesem Verband angehört, zu schaffen.

Dazu bedarf es (1) des Gewaltmonopols in den Händen des Staates *nach innen* (zwecks Vermeidung des Kampfes aller gegen alle, also zur Abwehr der Anarchie) und (2) der Fähigkeit des Staates, das Lebens- und Überlebensinteresse der von ihm verkörperten Gemeinschaft auch *nach aussen* zu sichern. Hierin besteht die Bedeutung nicht nur einer Armee, sondern von Aussenpolitik und Diplomatie ganz allgemein. In ihrer konkreten Ausformung ist diese Fähigkeit sodann die Macht (das Vermögen, *potentia*), das eigene Interesse («national interest») im weltweiten Rahmen so zu artikulieren, dass das jeweilige Gemeinwesen nicht von anderen Gemeinwesen vereinnahmt, vor allem aber nicht zum Spielball eines Mächteringens Dritter wird. Es geht hier also um Macht als Ausdruck der Souveränität, als Fähigkeit des Staates, selbstbestimmt zu handeln. Dies



Hans Köchler
(Bild hans-koechler.com)

Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler (*1948) war von 1990 bis 2008 Vorstand des *Institutes für Philosophie* an der Universität Innsbruck.

Er ist Gründer und Präsident (seit 1972) der *International Progress Organization* (Wien). Seither setzt er sich mit zahlreichen Publikationen, Reisen, Vorträgen und durch sein Mitwirken in verschiedenen internationalen Organisationen für einen Dialog der Kulturen ein und arbeitet in verschiedenen Komitees und Expertengremien mit, die sich mit Fragen zur internationalen Demokratie, zu Menschenrechten und Entwicklung befassen. Hans Köchler ist Mitglied des Universitätsrates der *University of Digital Science* (Berlin). Seit 2018 lehrt er an der *Academy for Cultural Diplomacy* in Berlin. Hans Köchler lebt in Wien.

ist das *Wesen* (nicht substantialistisch verstanden) der Macht im zwischenstaatlichen Bereich – unter der Voraussetzung, dass man Macht *rational* definiert, also unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Staat in seinem Selbstverwirklichungsstreben *nicht allein* ist, sondern dass alle anderen staatlich organisierten Kollektive sozusagen dasselbe wollen. Macht kann also rational nur auf der Grundlage eines nicht-absoluten Souveränitätsverständnisses ausgeübt werden.

«Logik der Macht» im weltpolitischen Alltag

Der *Idee* von Macht in ihrer rationalen Positionierung – als Mittel zur Selbstverwirklichung des Staates im Rahmen

* Rede vor dem Leserkreis der Zeitung *Zeit-Fragen* am 30. Dezember 2021, © International Progress Organization, 2021. Alle Rechte einschliesslich der Übersetzung vorbehalten.

«Macht und Weltordnung»

Fortsetzung von Seite 1

einer (internationalen) Gemeinschaft von Gleichen – müssen wir jedoch die *Realität* der Politik gegenüberstellen, damit unsere Analyse nicht irrelevant wird. Tatsächlich wird Macht auch in der Gegenwart nicht in diesem quasi aufgeklärten Sinn, sondern gemäss den traditionellen Mechanismen der «Machtpolitik» ausgeübt – ungeachtet der Bestimmungen der UNO-Charta und der vielen feierlichen Bekenntnisse zu friedlichen und kooperativen Beziehungen zwischen den Staaten («friendly relations and cooperation among States», in der Diktion der UNO-Vollversammlung).² Die «Logik der Macht» im weltpolitischen Alltag orientiert sich vielmehr an der Sicherung der nationalen Interessen im Sinne dessen, was Präsident *Trump* vor nicht allzu langer Zeit mit der Formel «America first» bezeichnet hat – als Bekräftigung des Vorranges des eigenen Staates, und zwar zunächst – bevor strategisches Nachdenken einsetzt – ganz ohne Berücksichtigung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit.³

Vor diesem Hintergrund geht der Staat als internationaler Akteur von der «Arbeitshypothese» aus, dass die Sicherung des Gemeinwesens auf der Basis eines strategischen Misstrauens erfolgen muss. Man nimmt nicht von vornherein an, dass sich alle anderen Akteure nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit verhalten. Es gilt also nicht der *Vertrauens-*, sondern der *Misstrauensgrundsatz*. Daraus erklärt sich auch die herausragende Rolle der Geheimdienste vor allem bei den Mittel- und Grossmächten. (Aber auch so mancher Diplomat eines kleineren Staates weiss, dass es in Einzelfällen in der Zentrale durchaus geschätzt wird, wenn er seine diplomatische Immunität nachrichtendienstlich zu «nutzen» versteht.)

Im unausgesprochenen Selbstverständnis des Staates – im kollektiven Unbewussten sozusagen – geht es stets auch um einen Überlebenskampf, wenn man sich im globalen Wettbewerb zu positionieren sucht. Den Eid haben die Amtsträger schliesslich auf das Wohl des eigenen Gemeinwesens, auf die eigene Verfassung, abgelegt – nicht auf das Wohl der Weltgemeinschaft oder auch bloss der Nachbarstaaten. In diesem Rahmen gehört traditionell auch die Lüge – als Täuschung des Mitbewerbers im Ringen um die Durchsetzung der Interessen – zum Inventar der Politik, und nicht nur in Kriegszeiten. Darin besteht auch die Janusköpfigkeit geheimdienstlicher Tätigkeit: *nach innen* – in Sachen der Informationsbeschaffung für das eigene Gemeinwesen – der Wahrheit verpflichtet, *nach aussen* jedoch der Täuschung bzw. Tarnung verschrieben, wenn es darum geht, dem eigenen Staat gegenüber den anderen

einen Vorteil zu verschaffen oder von ihm einen Nachteil abzuwenden. Diese Dualität kommt natürlich in besonderem Mass in der Verteidigungspolitik der Grossmächte zum Tragen.

Ewiger Frieden durch ewige Vorherrschaft?

In dieser Hinsicht steht die Logik der Macht gewissermassen im Wettstreit mit einer sich am Ideal der gleichberechtigten Kooperation orientierenden Politik, die sich am Grundsatz des Vertrauens orientiert, was aber, wie die Geschichte zeigt, nur dann Sinn macht, wenn *alle* sich danach ausrichten. Die Fragilität des Vertrauens zeigt sich in unzähligen strategischen Konstellationen seit dem Altertum. Zur Illustration könnte man z. B.

«Die Realitätsverweigerung – der Realitätsverlust – der als solcher unersättlichen Machtpolitik hat in allen Epochen stets zu einem plötzlichen, ernüchternden Erwachen geführt; nur die Zeitspanne, innerhalb der dieser Prozess abläuft, ist unterschiedlich.»

auf die erratische Bündnispolitik in der Zeit von *Heinrich VIII.* oder, in der jüngeren Geschichte, auf die Umstände des *Hitler-Stalin-Paktes* im Zuge des Zweiten Weltkrieges verweisen. Naivität und Gutgläubigkeit sind in der Weltpolitik keine gängige Währung.

Die – auf Misstrauen gegründete – Logik der Macht bedeutet im Verhalten der Grossmächte auch, dass diese stets auf die Perpetuierung eines für sie vorteilhaften Status quo bedacht sind (ja, in ihrem Kalkül bedacht sein müssen), wie er häufig, aber nicht nur, aus einem Krieg resultiert. Es geht also letztlich nicht um einen «ewigen Frieden» im kantischen Sinne, sondern um eine durch die dauernde Vorherrschaft des eigenen Staates garantierte Abwesenheit des Krieges. Die Devise lautet also: Ewiger Frieden durch ewige Vorherrschaft!

Realitätsverlust durch unersättliche Machtpolitik

Dies wurde in unserem noch jungen Jahrhundert besonders prägnant in der 2002 von Präsident *Bush junior* proklamierten «Nationalen Sicherheitsstrategie» ausgedrückt, nach welcher die Vereinigten Staaten alle ihre Bemühungen danach ausrichten, dass niemals ein anderer Staat strategische Parität erlangt, also gleich stark wird wie sie selbst. Im Klartext heisst dies: «We must build and maintain our defenses beyond challenge.»⁴ Zur Logik der Macht gehört also die *Absolutsetzung* der eigenen Position,

d. h. – im Falle einer unipolaren Konstellation – die Orientierung der Aussen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik an dem einen Ziel, die Herausbildung eines neuen Machtgleichgewichtes, ob bipolar oder multipolar, für alle Zeit auszuschliessen – also gewissermassen faustisch zum «strategischen Augenblick» zu sagen: «Verweile doch, du bist so schön!» Die Zeit kann jedoch niemals angehalten werden, auch nicht vom gerade mächtigsten Akteur. Es gibt kein «Ende der Geschichte». Die Realitätsverweigerung – der Realitätsverlust – der als solcher unersättlichen Machtpolitik hat in allen Epochen stets zu einem plötzlichen, ernüchternden Erwachen geführt; nur die Zeitspanne, innerhalb der dieser Prozess abläuft, ist unterschiedlich.

Machtwahn

Es handelt sich hier um einen Realitätsverlust in zweifacher Hinsicht:

1. *Individuell*: Staatenlenker, die in ihrem Bereich (innerstaatlich) eine unumstrittene Machtposition erlangt haben, unterliegen über kurz oder lang einer *Persönlichkeitsveränderung*; sie werden von einer servilen Umgebung abgeschottet und tendieren dazu, sich für unverzichtbar zu halten. (Dies ist ein empirischer Befund, der sich in meiner Beobachtung über mehrere Jahrzehnte erhärtet hat.) Das Korrektiv dieses Realitätsverlustes ist häufig zunächst nicht eine innerstaatliche Entwicklung, sondern kommt von aussen; es ist die vom betroffenen Politiker nicht steuerbare Dynamik der *internationalen* Beziehungen. Durch strategische Fehlkalkulation – weil Machtwahn die Tatsachen ausblendet oder verfälscht – kann der von einer solchen Person repräsentierte Staat plötzlich, und für den Machthaber unerwartet, im internationalen Kräfteverhältnis unterliegen, was sodann zumeist auch innenpolitische Konsequenzen hat – ganz im Sinne der alten Volksweisheit: «Hochmut kommt stets vor dem Fall.»
2. Dem individuellen entspricht der *kollektive* Machtwahn. Ein Staat, der seine (Vor-)Machtstellung in der bereits geschilderten Weise zu verewigen sucht,

Fortsetzung auf Seite 3

«Macht und Weltordnung»

Fortsetzung von Seite 2

tendiert dazu, seine Position – fälschlich – als unverzichtbar zu sehen, ganz im Sinne der Selbsteinschätzung der USA als «indispensable nation» (*Madeleine Albright, NBC, The Today Show*, 19. Februar 1998).⁵ Er legitimiert sein Handeln durch einen selbst-proklamierten moralischen, quasi-eschatologischen Auftrag, wie die Diskurse amerikanischer Politiker zu einer «Neuen Weltordnung» nach dem Ende des Kalten Krieges gezeigt haben.⁶ Die Apologeten einer solchen von Wunschenken geleiteten Strategie sind stets schnell zur Stelle. Ein typisches Beispiel dafür war – bereits vor drei Jahrzehnten – *Francis Fukuyama* mit der These vom «Ende der Geschichte». Er erwies sich mit seiner Prophezeiung als – allerdings schwachbrüstiger – Epigone von *Hegel*, der seinerzeit im preussischen Staat die Verkörperung des «Weltgeistes» gesehen hatte.

allumfassenden Anspruchs – Macht zur Ohnmacht wird.

Aus der Geschichte nichts gelernt

Auf Grund der Logik der Macht, die – als Machtwahn – irrational stets auf ein *Maximum* (hinsichtlich Intensität und Dauer) ausgerichtet ist und das unvermeidliche Scheitern verdrängt, verspielen Staaten in Situationen, in denen sich die Machtkonstellation plötzlich ändert, die Chance zu einem Neuanfang, mit dem der Kreis des letztlich selbstzerstörenden Machtwettbewerbs durchbrochen werden könnte. Der Beispiele gibt es sonder Zahl. Wir brauchen nur auf die Entwicklungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, aber auch nach dem Kalten Krieg zu blicken. Statt die nach dem Ersten Weltkrieg feierlich proklamierte Selbstbestimmung der Völker hochzuhalten, bedienten sich die Sieger an der Konkursmasse bzw. agierten klassisch-machiavellistisch nach der *Maxime divide et impera*. Es genügt, wenn man auf das Schicksal Tirols oder Ungarns,

schauer Paktes, der westliche Gegenpol, die NATO, trotz Verlustes seiner Existenzberechtigung als kollektives Selbstverteidigungsbündnis sich nicht auflöste, sondern sich vielmehr als globales Interventionsinstrument des selbsternannten Siegers des Kalten Krieges neu definierte. Um den Übergang vom *defensiven* und regionalen Konzept des Nordatlantikvertrages (1949) zu einem *offensiven* Bündnis mit globalem Auftrag zu kaschieren, lancierte man den Euphemismus von «non-Article 5 crisis response operations».⁸

Massloser globaler Machtanspruch – hilflose UNO

In Konstellationen dieser Art droht die Unersättlichkeit des Machtstrebens neue zukünftige Konflikte heraufzubeschwören. Dies beweist, wie schon angedeutet, der Gang der Geschichte nach den beiden Weltkriegen, aber auch nach den Ereignissen der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der masslose globale Machtanspruch der aus dem Kalten Krieg hervorgegangenen einzigen Supermacht führte in den letzten drei Jahrzehnten nicht nur zur Destabilisierung ganzer grosser Regionen, sondern zu einer Art globaler Anarchie, in der die zur Friedenssicherung geschaffene Organisation der Vereinten Nationen sich in der Rolle eines hilflosen Zuschauers findet, der zu mehr als mahnenden Zurufen nicht fähig ist – da die UNO auf Grund des Machtwillens der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges so konstruiert worden ist, dass sie den Plänen der Mächtigsten nicht in die Quere kommen kann.

Auch hier zeigt sich wieder, wie eine Chance zum weltpolitischen Neuanfang kurzfristig vergeben wurde. Statt eine Organisation zur weltweiten Friedenssicherung auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft *aller* zu schaffen, formulierten die Siegermächte ein Statut zur dauerhaften Absicherung ihrer Herrschaft, womit man – im Rückblick – die Weltordnung nachhaltig *destabilisiert* und die Weltorganisation von Anfang an *delegitimiert* hat. Aber auch an diesem Beispiel wird die Vergeblichkeit einer solchen Strategie, letztlich ihre Irrationalität, deutlich. Der privilegierte Status der Gründer der UNO, den diese in der Charta für alle Zeiten festschreiben wollten,⁹ konnte den Gang der Geschichte nicht aufhalten. Das Sonderstatut für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (P5) konnte nicht verhindern, dass sich die Machtkonstellation von 1945 inzwischen fundamental geändert hat und einige der damaligen Siegermächte sich heute in der Position strategischer Unterordnung wiederfinden.

«Der im wesentlichen anarchische Zustand, der aus dem gegenseitigen Misstrauen der Staaten – und oftmals auch der von ihnen vertretenen Völker – resultiert und in der Geschichte unzählige Kriege verursacht hat, muss, wenn die Menschheit überleben soll, durch einen kooperativen Ansatz überwunden werden, der über das Paradigma einer exklusiven, nur am eigenen Kollektiv orientierten Machtpolitik hinausgeht.»

«Imperial overstretch»

In der Realitätsverweigerung hat sich das Ringen um Macht und Vorherrschaft als *Kollektivwahn der Weltpolitik* erwiesen, der durch die Jahrhunderte hindurch Ursache von Kriegen und Konflikten gewesen ist. Die von der «Logik der Macht» geleitete Politik, ausgerichtet am letztlich unerreichbaren Ziel dauernder Vorherrschaft, ist auch insofern kontraproduktiv, als sie fortlaufend den Widerstand erzeugt, der den jeweiligen Hegemon schlussendlich zu Fall bringt, da er sich – seines Absolutheitsanspruches wegen – *überall* verteidigen, nach *allen* Seiten absichern muss. US-Strategen aus dem Umfeld der CIA haben hierfür den Begriff des «Blowback-Effekts» geprägt.⁷ *Paul Kennedy* («The Rise and Fall of the Great Powers», 1988) hat die Problematik treffend mit dem Begriff «imperial overstretch» charakterisiert. Er bezeichnet damit die Umstände, unter denen – wegen ihres

insbesondere aber auch auf die Folgen des Ersten Weltkrieges für die arabische Welt (Stichwort: *Sykes-Picot-Abkommen*) verweist. – Die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen zwei Supermächte versuchten, die Welt unter sich aufzuteilen. Die Stellvertreterkriege, die zwecks Sicherung der Einflussphären geführt wurden (Korea, Vietnam), forderten einen gewaltigen Blutzoll. – Auch nach dem «Kalten Krieg» hatten die Mächtigen nichts aus der Geschichte gelernt. Statt einen Ausgleich auf der Basis von Partnerschaft zwischen dem euro-atlantischen und eurasischen Raum anzustreben, setzte die überlegene Seite nach dem Ende der Sowjetunion auf einen Ausbau der Dominanz im Sinne einer dauerhaften Absicherung ihrer vorteilhaften Position durch Einkreisung Russlands. Die Logik der Macht bedeutete hier, dass nach dem Ende der Bipolarität, mit dem Zerfall des sowjetischen Staates und der Auflösung des *War-*

Fortsetzung auf Seite 4

«Macht und Weltordnung»

Fortsetzung von Seite 3

«Logik der Macht» –**Logik der «hybriden» Kriegsführung**

Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung kann man also sagen, dass die «Logik der Macht» im weltpolitischen Rahmen in letzter Konsequenz bedeutet, dass der Staat (1) sein *innerstaatlich* (und als solches unumstrittenes, weil zur Rechtsstaatlichkeit gehörendes) Gewaltmonopol auf den *äusseren* Bereich ausdehnt, d. h. seinen Herrschaftsanspruch, wengleich unausgesprochen, auf andere Staaten – im Fall einer Supermacht auf die ganze Welt – projiziert und (2) zur Absicherung dieses Anspruchs – im Namen der «nationalen Interessen», vor allem der nationalen Sicherheit – alle Kräfte mobilisiert. Dies bedeutet eine Art «totaler Mobilmachung» (*Ernst Jünger*, «Der Arbeiter: Herrschaft und Gestalt», 1932) unter Ausschöpfung des gesamten militärisch-industriellen Potentials¹⁰ und unter Einschluss der Medienmacht. Was dies unter den Voraussetzungen der Gegenwart heisst, zeigt sich deutlich an der bereits erwähnten «National Security Strategy» von 2002. Um einen in den heutigen Debatten gerade gängigen Ausdruck zu verwenden, könnte man den Ansatz auch mit der Logik der «hybriden» Kriegsführung vergleichen.¹¹

Gefährlicher Zirkel von Misstrauen und Masslosigkeit ...

In all dem offenbart sich die Masslosigkeit internationaler Machtausübung unter den Auspizien der nationalen Sicherheit. Sie wird genährt durch das strukturelle Misstrauen zwischen den Staaten als souveränen Akteuren, über das wir schon früher gesprochen haben. So entwickelt sich ein gefährlicher Zirkel von *Misstrauen* und *Masslosigkeit*, wie er uns im 20. Jahrhundert unter anderem das «Gleichgewicht des Schreckens» zwischen den Nuklearmächten gebracht hat. Da der *eine* dem *anderen* sozusagen prinzipiell, von Anfang an, unterstellt, dass er ihn bedroht – und in letzter Konsequenz ihn auszuschalten bestrebt sei, um seinerseits eine Bedrohung abzuwenden –, mobilisiert *jeder* alle seine Kräfte, was unvermeidlich das strukturelle Misstrauen weiter steigert und seinerseits wiederum neue Schritte der machtpolitischen Mobilmachung erfordert, und so weiter ad infinitum. Das Paradigma für diesen Teufelskreis des Misstrauens ist die von *Carl Schmitt* im «Begriff des Politischen» entwickelte Vorstellung, wonach – anders als im Persönlichen – im Politischen der *Andere* grundsätzlich in der Kategorie des Feindes (*hostis*, im Unterschied zu *inimicus*) gesehen wird, d. h. als Bedrohung der eigenen Existenz

schlechthin. Das «Feindliche» ist dabei in Schmitts Konzeption jenseits aller moralischen Kategorien angesiedelt. Es geht also letztlich nicht um einen Kampf zwischen Weltanschauungen bzw. Ideologien. Was dies im einzelnen bedeuten kann, haben wir im sogenannten Rüstungswettlauf des Kalten Krieges gesehen, in dem die Ideologien nur ein Vorwand waren.

... mündet in Illusion der Macht

Im Nuclearzeitalter wird der Zirkel des Misstrauens und der Masslosigkeit – der totalen Mobilmachung – in einem für die Akteure offenbar nicht leicht zu durchschauenden Sinn gänzlich dysfunktional: Das Streben nach der Macht mündet in die *Illusion der Macht*. Das angehäuften Vernichtungspotential, mit dem der Gegner nicht nur einmal, sondern mehrfach eliminiert werden kann – Stichwort: «nuclear overkill» – bedeutet, dass ein Angreifer gleichzeitig seine eigene Existenz aufs

den ersten Schritt machen. – Dass sich einige Nuklearmächte, deren Vertragsratifikation für das Inkrafttreten des CTBT notwendig wäre, bis jetzt auf das Verbot von Nukleartests nicht einlassen wollen – konkret: China, Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan, die Vereinigten Staaten –, zeigt, dass Nuklearwaffen weiterhin eine strategische Option bleiben. Das strukturelle Misstrauen zwischen den Staaten scheint unüberwindbar. Kein bereits in deren Besitz befindlicher Staat will sich, so scheint es, der Möglichkeit des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen als ultima ratio begeben.

Friedensgarantie statt**«gegenseitig garantierte Vernichtung»**

Wie sehr dieser quasi eschatologische Selbstbehauptungswille, vom Misstrauen genährt, im derzeitigen internationalen Denken verankert ist, zeigte sich zum Beispiel auch darin, dass Frankreich im Zuge seines Beitrittes zum *Internationa-*

«Der Realismus in der Artikulation der nationalen Interessen – in der Sicherung des Überlebens des Gemeinwesens – bedarf des Korrektivs eines am Überleben der Menschheit ausgerichteten Idealismus. Nur das Zusammenspiel von Idealismus und Realismus sichert auf Dauer das Gedeihen aller, auch der mächtigsten Akteure.»

Spiel setzt. In einer Konstellation von «mutually assured destruction» – im Deutschen zumeist beschönigend übersetzt mit «Gleichgewicht des Schreckens» – gelangt die Logik der Macht an ihre Grenze: Wenn die Anhäufung der Machtmittel letztlich die Gefahr der eigenen Vernichtung bedeutet – und wenn diese nur abgewendet werden kann, solange sich die Kontrahenten *rational* im Sinne ihres Selbsterhaltungstriebes verhalten –, dann endet das Ganze in einer Art Nullsummenspiel. Es wäre schlicht und einfach vernünftiger, wenn sich alle *gleichzeitig* auf einen *Verzicht* auf das nukleare Waffenpotential einigten.

Dass die «Logik der Macht», so wie sie bisher die Staaten leitet, dies verhindert, zeigt eindringlich das Schicksal des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen (NPT/*Treaty on the Non-proliferation of Nuclear Weapons*), aber auch das fortdauernde Nichtinkrafttreten des Kernwaffenteststopp-Vertrages (CTBT/*Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty*), dessen «Vorbereitende Kommission» letztes Jahr in Wien ihr 25jähriges Bestehen feierte. Was das im NPT enthaltene Ziel der nuklearen Abrüstung betrifft, so will offenbar keiner

len Strafgerichtshof (ISG) sich in Form einer «interpretierenden Erklärung» vorbehalten hat, dass Kriegshandlungen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen nicht in die Zuständigkeit der internationalen Strafjustiz fallen. (Frankreich hat diesen – als «Interpretation» verschleierte – effektiven «Nukleavorbehalt» deponiert, obwohl Vorbehalte bei der Ratifizierung des Statutes des ISG gemäss diesem Statut explizit ausgeschlossen sind.)¹² Dies beweist wohl am deutlichsten die intrinsische Widersprüchlichkeit der Machtpolitik. Verbrechen, die mit dem Einsatz konventioneller Waffen begangen werden, können, darin sind sich die meisten einig, strafrechtlich als «internationale Verbrechen» geahndet werden. Für die Nutzung der Massenvernichtungstechnik schlechthin soll jedoch eine Art Tabu gelten. Das äusserste (internationale) Machtmittel, mit dessen Einsatz ein Nuklearstaat glaubt, sein Überleben durch Abschreckung sichern zu können – womit er aber genauso seinen Untergang besiegeln kann –, soll gewissermassen *ausserhalb* des Rechts stehen, gegenüber allen rechtlichen und moralischen Kategorien *neutral* sein.

Fortsetzung auf Seite 5

«Macht und Weltordnung»

Fortsetzung von Seite 4

Was diejenigen, die sich bei der Wahrnehmung der nuklearen Option keine Zügel anlegen lassen wollen – und zu diesen Staaten gehört nicht nur Frankreich –, jedoch übersehen (oder verdrängen), ist, dass ihnen angesichts der bereits erfolgten und wohl weiter erfolgenden «Weiterverbreitung» dieser Vernichtungstechnologie ihr Status als Nuklearmächte alles in allem keinen strategischen Vorteil mehr bringt. Statt der dubiosen Sicherheit durch «gegenseitig garantierte Vernichtung» (*mutually assured destruction*) könnten, wie schon angedeutet, die nuklearen Grossmächte eine *Friedensgarantie* weit billiger haben: indem sie *gleichzeitig* auf ihr Nuklearpotential verzichten. Das Dilemma scheint zum jetzigen Zeitpunkt jedoch unauflösbar: Solange eine allseitige (nukleare) Abrüstung seitens dieser Staaten nur durch Zwangsmassnahmen durchgesetzt werden könnte, deren Androhung ihnen gegenüber schlicht wegen des Vernichtungspotentials, über das sie verfügen, von vornherein wirkungslos sein muss, gibt es aus dem abrüstungspolitischen Teufelskreis keinen Ausweg. Die Doktrin der kollektiven Sicherheit ist hier zum Scheitern verurteilt.

Die am Beispiel der Nuklearwaffen von mir so bezeichnete Illusion der Machtpolitik erweist sich übrigens auch darin, dass mit der Fähigkeit zum nuklearen «Overkill» auch deshalb kein Mehr an Sicherheit für den jeweiligen Staat erreicht wird, weil die Gefahr einer Aktivierung der Waffen durch Irrtum oder Missverständnis (etwa eine Fehlinterpretation von Daten) in jedem Augenblick besteht, wie die Kuba-Krise 1962 gezeigt hat. Für die Menschheit insgesamt ist es in der Tat ein betrüblicher Umstand, wegen des alles Mass übersteigenden, alle Grenzen sprengenden Selbstbehauptungswillens einer (noch) relativ kleinen Anzahl von Staaten unter dem Damoklesschwert der kollektiven Selbsterstörung leben zu müssen. Hier wird die *Logik* der Macht zur *Torheit* der Machtpolitik.

Vernunft, Kooperation und Idealismus statt Machtwahn

Was der amerikanische Politologe *John Mearsheimer* als Tragödie der Grossmachtpolitik («Tragedy of Great Power Politics», 2014) bezeichnet hat, darf uns jedoch nicht zum Defätismus verführen. Es kann nicht unwiderrufliches Schicksal der Gattung Mensch sein, dass sie die dem *Individuum* eigene Vernunft – und damit die Fähigkeit, verantwortlich zu handeln –

im *kollektiven* Handeln auf dem Altar der Machterhaltung und Machtsteigerung souveräner Staaten, die den jeweils anderen grundsätzlich als Feind (als Bedrohung ihrer eigenen Existenz) betrachten, opfert.

Der im wesentlichen *anarchische* Zustand, der aus dem gegenseitigen Misstrauen der Staaten – und oftmals auch der von ihnen vertretenen Völker – resultiert und in der Geschichte unzählige Kriege verursacht hat, muss, wenn die Menschheit überleben soll, durch einen *kooperativen* Ansatz überwunden werden, der über das Paradigma einer exklusiven, nur am eigenen Kollektiv orientierten Machtpolitik hinausgeht. Der *Realismus* in der Artikulation der nationalen Interessen – in der Sicherung des Überlebens des Gemeinwesens – bedarf des Korrektivs eines am Überleben der Menschheit ausgerichteten *Idealismus*. Nur das Zusammenspiel von Idealismus und Realismus sichert auf Dauer das Gedeihen *aller*, auch der mächtigsten Akteure.

Weltordnung ist niemals als Zustand der Anarchie zwischen den jeweils Mächtigsten, sondern stets nur auf der Grundlage eines Machtausgleiches zwischen souveränen Staaten möglich. Dies ist, *mutatis mutandis*, auch im 21. Jahrhundert der notwendige idealistische «Kontrapunkt» zum «realistischen» Festhalten am Status quo, das letztlich immer zum Scheitern verurteilt ist. •

¹ Vgl. auch meine frühere Bestandsaufnahme: «The Politics of Global Powers», in: *The Global Community*. Oxford University Press, 2009, S. 173–201

² *Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in accordance with the Charter of the United Nations*. Resolution der UNO-Vollversammlung, 24. Oktober 1970

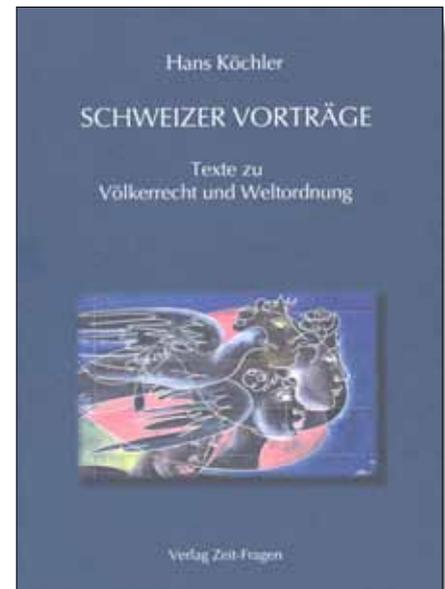
³ In seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung am 24. September 2019 hat *Donald Trump* den Grundsatz, verbunden mit einem Appell an den Iran, so formuliert, dass er für *alle* Staaten in *gleicher* Weise gilt, was, wenngleich unausgesprochen, ein Ausverhandeln der Interessen unter Berücksichtigung der Gegenseitigkeit impliziert: «Wise leaders always put the good of their own people and their own country first.»

⁴ *National Security Strategy of the United States of America*, 17. September 2002, Kapitel IX: «Transform America's National Security Institutions to Meet the Challenges and Opportunities of the Twenty-First Century»

⁵ Die Antwort von Frau *Albright* im oben zitierten NBC-Interview mit *Max Lauer* ist geradezu sprichwörtlich geworden für die Verblendung der Macht, die immer dann einsetzt, wenn ein Land sich in der Position des unangefochtenen Hegemons sieht: «[...] if we have to use force, it is because we are America; we are the indispensable nation. We stand tall and we see further than other countries into the future, and we see the danger here to all of us.»

⁶ Vgl. Hans Köchler, *Demokratie und Neue Weltordnung – Ideologischer Anspruch und machtpolitische Realität eines ordnungspolitischen Diskurses*. Innsbruck: Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik, 1992

⁷ Vgl. Chalmers Johnson, *Blowback: The Costs and Consequences of American Empire*. New York: Metropolitan Books, 2000



ISBN 978-3-909234-23-3



ISBN 978-3-900704-29-2

⁸ Artikel 5 des Nordatlantikvertrages definiert die Aufgabe der NATO im Sinne kollektiver Selbstverteidigung gemäss Artikel 51 der UNO-Charta.

⁹ Zu den einschlägigen Bestimmungen der UNO-Charta vgl. Hans Köchler, *Das Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen*. Innsbruck: Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik, 1991

¹⁰ Zum totalitären Aspekt vgl. auch Friedrich-Georg Jüngers, des Bruders, 1939 geschriebenes und 1946 erstmals veröffentlichtes Werk *Die Perfektion der Technik*.

¹¹ Zum Begrifflichen vgl. Hans Köchler, *The New Threat: Hybrid Wars as Tool of Subversion*. Rhodes Forum 2015, i-p-o.org/Koehler-New_Threat-Hybrid_Wars-Rhodes%20Forum2015.htm.

¹² Hans Köchler, *Global Justice or Global Revenge? International Criminal Justice at the Cross-roads*. Wien/New York 2003, S. 223ff.

Wer ist der Aggressor?

Die Nato und Russland mit Blick auf Deutschland und die Ukraine

von Jochen Scholz, Berlin

Die Propaganda in der deutschen Mainstreampresse vom aggressiven Russland wird heute von vielen in der deutschen Politik und Gesellschaft übernommen. Im besten Falle zeugt dies von völliger Ahnungslosigkeit. Auch bei der Frage, warum die Beziehungen zwischen Deutschland und der Russischen Föderation mittlerweile derart desolat sind. Deshalb ist eine Klarstellung notwendig, was von der durch die Nato – gerade eben wieder bei deren Tagung in Riga – behaupteten militärischen Bedrohung der Ukraine durch russische Truppen zu halten ist, wie sie jüngst auch vom deutschen Generalleutnant a.D. Brauss geäußert wurde.¹ Brauss war von 2013 bis Juli 2018 Beigeordneter Generalsekretär der Nato für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung. Heute ist er «Senior Associate Fellow» bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), arbeitet in den Feldern europäische Sicherheit und Verteidigung, Entwicklung der Nato und Kooperation zwischen Nato und EU.²



Mit dieser Karte (ohne die deutschsprachige Beschriftung auf der rechten Seite) illustrierte George Friedman, was er mit einem «Cordon Sanitaire» meint, der Russland von Deutschland trennen sollte.

Betrachtet man die Fakten, kann man eigentlich nur erstaunt darüber sein, mit welcher Vehemenz Russland für die sicherheitspolitische Situation in Osteuropa verantwortlich gemacht wird. Man sollte nämlich nie vergessen zu fragen, was Aktion und was Reaktion ist, und vor allem beides nicht verwechseln.

Versprechen der Nato-Staaten ...

Dazu einige Hinweise auf solche geschichtlichen Fakten:

1. Das Telefonat Präsident *Bushs* mit Bundeskanzler *Kohl* vom Mai 1990.³
2. Die versprochene Umsetzung (Transformation der Nato zu einem Konsultationsgremium) beim folgenden Nato-Gipfel in London.⁴
3. Die *Charta von Paris* im selben Jahr.⁵
4. Und was geschah dann? Mit der *Wolfowitz-Doktrin*, auch als «No-Rivals-Plan» bezeichnet, wurden alle Verabredungen in ihr Gegenteil verkehrt.⁶

Alle weiteren Strategiedokumente seit dieser Zeit gehen in die damals eingeschlagene Richtung.

... und trotzdem Nato-Ost-Erweiterung

Die Nato-Ost-Erweiterung sieht das Bündnis heute an der russischen Grenze.

Dazu der ehemalige US-Botschafter in Moskau *Jack Matlock*, der an allen Verhandlungen über die Wiedervereinigung in Moskau teilgenommen hat: «Ich bin sicher, wenn Bush wiedergewählt worden wäre und *Gorbatschow* Präsident der UdSSR geblieben wäre, hätte es während ihrer Amtszeit keine Nato-Erweiterung gegeben. Es gab keine Möglichkeit, Nachfolger zu verpflichten, und als *Gorbatschow* abgesetzt wurde und die UdSSR auseinanderbrach, wurden ihre Absprachen hinfällig.»⁷

US-Neokons und das «Project for the New American Century»

Worum es bei der Nato-Ost-Erweiterung im Kern ging und bis heute geht, erschliesst sich aus dem Brief von *Willy Wimmer*, ehemaliger Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium und im Jahr 2000 Stellvertretender Vorsitzender der *Parlamentarischen Versammlung der OSZE*, an den damaligen Bundeskanzler *Schröder*.⁸ Er thematisiert die Inhalte der Konferenz von Bratislava im Jahr 2000, die im Auftrag des State Department vom *American Enterprise Institute* durchgeführt wurde, des-



Jochen Scholz (Bild zvg)

Jochen Scholz war Oberstleutnant der Bundeswehr. Als solcher diente er einige Jahre bei der Nato in Brüssel und danach – während des Nato-Krieges gegen Jugoslawien – im deutschen Bundesverteidigungsministerium. Dort bekam er mit, dass die offiziellen Reden der verantwortlichen Politiker über krasse Menschenrechtsverletzungen durch Serbien nicht mit dem übereinstimmten, was er den Berichten der Fachleute vor Ort entnehmen konnte. Wegen dieser Lügen der Politiker verließ er 1999 die SPD.

«Wer ist der Aggressor?»

Fortsetzung von Seite 6

sen Arbeitsgruppe «Project for the New American Century»⁹ einige Monate später das Strategiepapier «Rebuilding America's Defenses»¹⁰ veröffentlichte, an dem ausschliesslich Neokons mitgewirkt haben. Zehn Personen aus der Arbeitsgruppe dienten ab 2001 in der Regierung George W. Bush, darunter *Cheney*, *Rumsfeld* und *Wolfowitz*. Die Umsetzung der Absichten von Bratislava erfolgte 2002. Die Nato wurde um die drei baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, Slowenien und die Slowakei erweitert.

**Deutsch-russisches
Miteinander verhindern ...**

15 Jahre nach Bratislava hält *George Friedman*, damals Chef des privaten Nachrichtendienstes *Stratfor*, einen Vortrag in einem Chicagoer Think tank, legt in der abschliessenden Pressekonferenz eine Folie auf (siehe Karte) und erklärt als ständiges Ziel amerikanischer Aussenpolitik, ein gedeihliches deutsch-russisches Miteinander zu verhindern.¹¹

**... und «Containment»
wie im Kalten Krieg**

Bereits ein Jahr zuvor hatte *Friedman* in einem *Stratfor*-Artikel¹² die Grafik unter dem Titel «The new containment» (Die neue Eindämmung) verwendet und damit die Bezeichnung für die Strategie der Eindämmung der Sowjetunion, die «*Truman*-Doktrin»¹³, reaktiviert, die 1947 den Beginn des Kalten Krieges markierte.

Man kann sich insofern vorstellen, dass nach der Rede von Präsident *Putin* 2001 im Deutschen Bundestag¹⁴ sämtliche Alarmglocken jenseits des Atlantiks losgegangen sind.

Friedmans Äusserungen könnte man in Anlehnung an einen anderen Begriff als *Continuity of History and Strategy* bezeichnen. Die Anti-Russland-Propaganda beklagt die Entwicklung russischer Hyperschall-Raketen. Nun, wer hat denn 2001 den ABM-Vertrag einseitig gekündigt und gleichzeitig begonnen, das AEGIS-Raketenabwehrsystem in Osteuropa und auf Schiffen zu stationieren? Hätte Russland zuschauen sollen, sich dem Erpressungskalkül der USA aussetzen sollen? Ein Kalkül, das die beiden US-Politologen *Keir A. Lieber* und *Daryl G. Press* auf Seite 22 einer Analyse¹⁵ wie folgt beschreiben, die auch in der führenden amerikanischen aussenpolitischen Zeitschrift *Foreign Affairs* erschien:

«Obwohl beide Kritikpunkte stichhaltig sind, könnte selbst ein begrenzter Raketenschutzschild die Offensivfähigkeiten der US-Atomstreitkräfte wirksam ergänzen. Russland verfügt heute über etwa 3500

strategische Nuklearsprengköpfe, aber wenn die Vereinigten Staaten angreifen würden, bevor die russischen Streitkräfte alarmiert sind, hätte Russland Glück, wenn ein halbes Dutzend Sprengköpfe überleben würden. Ein funktionierendes Raketenabwehrsystem könnte möglicherweise sechs Sprengköpfe zerstören. Darüber hinaus wird das Problem der Unterscheidung zwischen Gefechtsköpfen und Täuschkörpern weniger wichtig, wenn nur eine Handvoll überlebender feindlicher Gefechtsköpfe und Täuschkörper zum Abfangen übrigbleibt. Bei einer geringen Anzahl von ankommenden Sprengköpfen und Täuschkörpern könnten die US-Abfangjäger sie einfach alle abfangen.»

**US-Raketensystem zur Neutralisierung
der russischen Zweitschlagkapazität**

Auf den Punkt gebracht: Neutralisierung der russischen Zweitschlagkapazität durch das Raketenabwehrsystem. Als die beiden Autoren im *Einsteinforum* in Potsdam 2007 ihre Studie von 2006 vorstellten, war kein einziger Journalist unserer überregionalen Zeitungen zugegen.

**Eroberungspläne
der ukrainischen Regierung**

Ein Sprung in das Jahr 2021, was die russischen Truppen an der Ostgrenze der Ukraine angeht.

Wer kennt dieses Dekret des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine vom März 2021?16

«Über die Strategie der Räumung und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol.

Gemäss den Bestimmungen von Artikel 4 des Gesetzes der Ukraine «Über den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine» hat der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine nach Prüfung des Entwurfs der Strategie für die De-Okkupation und Reintegration des von Russland besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol beschlossen:

1. Empfehlung des Entwurfs der Strategie zur Dekonzentration und Reintegration des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol.

2. Aufforderung an den Präsidenten der Ukraine, die Strategie zur Räumung und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol zu genehmigen.

3. Das Ministerkabinet der Ukraine erarbeitet und genehmigt innerhalb von drei Monaten einen Massnahmenplan für die Umsetzung der Strategie zur Räumung und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol.

*Sekretär des
ukrainischen Nationalen
Sicherheits- und Verteidigungsrates
O. Danilov.»*

Darauf soll Russland nicht reagieren dürfen, zumal man sicher sein kann, dass solche Entscheidungen in der Ukraine nicht ohne Washingtons und Londons Zustimmung oder Duldung getroffen werden?

Transatlantische Einheitssauce

Ich könnte noch eine Fülle von Dokumenten anführen, die die Behauptungen von Russlands Aggression widerlegen. Ausserdem empfehle ich die Lektüre von *Horst Teltschiks* Buch «Russisches Roulette» und die Lektüre von *Zbigniew Brzezinskis* Buch «Die einzige Weltmacht»; dann wird klar, warum die Dinge so gekommen sind, wie sie *Teltschik* beklagt. Und: Kommentare und Artikel in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» von *Kohler*, *Frankenberger*, *Veser*, *Busse*, *Friedrich Schmidt*, *Ross*, *Sturm*, sofern sie sich mit Russland befassen, darf man getrost überlesen. Auch in anderen grossen deutschsprachigen Tageszeitungen bekommt man ausschliesslich transatlantische Einheitssauce vorgesetzt. Die Zeiten, als *Karl Feldmeyer*¹⁷ noch Leitartikel für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» schreiben konnte, sind lange vorbei. Nur hin und wieder findet man heute noch Erhellendes im Feuilleton, wie diese beiden Beispiele zeigen: ein Artikel von *Reinhard Merkel*¹⁸ und einer von *Hans-Christof Kraus*, der einzige deutsche Wissenschaftler, der die Grundlage jeglicher US-Strategie in bezug auf den eurasischen Kontinent verstanden hat.¹⁹

**Minsker Vereinbarungen
werden sabotiert**

Aus aktuellem Anlass werfen wir noch einen Blick auf die Situation in der Ukraine. Wenn es schon – bisher jedenfalls – nicht gelang, sie in die Nato aufzunehmen, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der ungelöste Konflikt um Donezk und Luhansk aus der Sicht einiger westlicher Staaten auch ungelöst bleiben soll. Denn dann steht jederzeit ein Mittel bereit, mit dem die Russische Föderation einer aggressiven Politik bezichtigt werden kann. Jüngstes Beispiel ist das nicht zustande gekommene Treffen im sogenannten *Normandie-Format*²⁰,

Fortsetzung auf Seite 8

«Wer ist der Aggressor?»

Fortsetzung von Seite 7

das für den 11. November ins Auge gefasst worden war, wofür der deutsche und der französische Außenminister in einer gemeinsamen Erklärung²¹ Russland verantwortlich machen, ohne dessen Gründe anzuführen.

Wäre die Angelegenheit nicht so ernst, könnte man sie als Posse abtun. Außenminister Lawrow ist vermutlich der Kragen geplatzt. Denn nach vorheriger Ankündigung an seine Partner stellte er den diplomatischen Notenwechsel für die internationale Öffentlichkeit zur Verfügung.²²

Aus ihm geht klar hervor, dass die deutsche und französische Seite keine Absicht hatten, auf die Ukraine einzuwirken, ihren Verpflichtungen nach dem

Minsk-II-Abkommen²³ von 2015 (!) endlich nachzukommen, das geltendes Völkerrecht²⁴ ist. Das betrifft in erster Linie die Punkte 9, 11 und 12.

Insofern hält Russland ein Treffen für nicht zielführend und damit für obsolet. Mit Lawrows Worten: «Man hat den Eindruck, dass dies auch ein Versuch ist, Bedingungen für eine radikale Überarbeitung des Massnahmenpakets zu schaffen, um Kiew zu gefallen, das sich bisher geweigert hat, es offiziell und öffentlich einzuhalten.»

Das Versagen der deutschen Generalität

Schlussbemerkung mit Blick auf die deutsche Generalität, für die der oben zitierte Generalleutnant Brauss pars pro toto steht. Seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 steht fest, dass die Goldbesten ihre Verpflichtungen aus dem Soldatengesetz in Washington abgeben haben und sich jedes Jahr am 20. Juli im Bendlerblock [heute Sitz des deutschen Verteidigungsministeriums] mit salbungsvollen Worten an Stauffenberg versündigen. Die Aussicht, mit einer anständigen Pension in den einstweiligen Ruhestand²⁵ versetzt zu werden, ist für diesen Personenkreis unerträglich, als für den Hitler-Attentäter die Aussicht, erschossen zu werden.

Wann werden diese Funktionseleiten, wann werden unsere Politiker und Wissenschaftler in den «Denkfabriken» begreifen, dass deutsches und europäisches Interesse auf friedliche, geordnete Verhältnisse auf unserem eurasischen Kontinent gerichtet sein muss, anstatt sich angloamerikanischen Interessen unterzuordnen, die eben dies verhindern wollen? •

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber:

Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG,

BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank,

BIC RLVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.

⁴ <https://www.nato.int/docu/comm/49-95/c900706a.htm>

⁵ <https://www.bundestag.de/resource/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf>

⁶ <http://www.nytimes.com/1992/03/08/world/us-strategy-plan-calls-for-insuring-no-rivals-develop.html>

⁷ <http://jackmatlock.com/2014/04/nato-expansion-was-there-a-promise/>

⁸ http://www.nato-tribunal.de/blatter_wimmer.pdf

⁹ https://en.wikipedia.org/wiki/Project_for_the_New_American_Century

¹⁰ <https://archive.org/details/RebuildingAmericas-Defenses/mode/2up>

¹¹ <https://www.youtube.com/watch?v=abl1v9PXpI>; Die von George Friedman gezeigte Grafik aus der anschliessenden Pressekonferenz wurde zur Verdeutlichung mit den gelben Erklärungen bearbeitet, die Grafik erscheint ab Minute 11:10.

¹² <https://worldview.stratfor.com/article/estonia-azerbaijan-american-strategy-after-ukraine>

¹³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Truman-Doktrin>

¹⁴ https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966

¹⁵ https://www.belfercenter.org/sites/default/files/files/publication/is3004_pp007-044_lieberpress.pdf

¹⁶ <https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533>

¹⁷ Karl Feldmeyer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.11.2002, S. 1: «Das Ende der alten Nato». Dort schreibt Feldmeyer: «Was immer sonst noch zum Verhalten der Bundesregierung zur Irak-Frage zu sagen ist, das Verhalten der deutschen Bevölkerung zu diesem Thema hat auch deutlich gemacht, dass die Öffnung der Nato für eine Politik der militärischen Intervention für Deutschland spezifische Probleme schaffen kann. Sie gründen nicht nur in der Feststellung des Grundgesetzes, dass die Bundesrepublik Streitkräfte «zum Zwecke der Verteidigung» unterhält, sondern in der Prägung durch die nationale Geschichte. Zwei Weltkriege haben dazu beigetragen, den Begriff «Verteidigung» ganz eng auszulegen. Was andersorts als «präemptive Intervention» bewertet werden mag, kann sich in den Augen der Deutschen als Angriff ausnehmen – und den verbieten UN-Charta und Grundgesetz. Schon Bismarck verweigerte das «praevénire». Für diese Haltung brauchen sich die Deutschen nicht zu entschuldigen, schon gar nicht bei ihren Verbündeten, die einst Opfer deutscher Angriffe waren.»

¹⁸ http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

¹⁹ <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/syrien-und-ihr-denkt-es-geht-um-einen-diktator-11830492.html>

²⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Normandie-Format>

²¹ <https://kiew.diplo.de/ua-de/aktuelles/-/2496302>

²² <https://bit.ly/317XTVv>

²³ <https://www.bpb.de/201881/dokumentation-das-minsker-abkommen-vom-12-februar-2015>

²⁴ https://www.un.org/depts/german/sr/sr_14-15/sr2202.pdf

²⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Einstweiliger_Ruhestand

Artikel aus: *Zeit-Fragen* Nr. 28/29 vom 14.12.2021

Macht vor Recht – wie lange noch?

Wichtige Forschungsergebnisse zum Thema Nato-Ost-Erweiterung

von Karl-Jürgen Müller

Aus den Wochen vor Beginn des völkerrechtswidrigen Nato-Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ist folgendes überliefert: Bei einem Treffen in Belgrad drängte ein US-General einen hochrangigen serbischen Politiker, er solle nicht weiterhin die vom Kosovo ausgehenden terroristischen Angriffe auf Zivilisten oder auch Polizei und Militär auflisten. Seine Begründung: «Für die serbische Politik ist die amerikanische Wahrnehmung der Wirklichkeit entscheidend, nicht die Wirklichkeit als solche.» Das Beispiel bringt sehr anschaulich zum Ausdruck, was es bedeutet, wenn in den internationalen Beziehungen Macht vor Recht geht.

Dass in den internationalen Beziehungen nun schon lange Macht vor Recht geht, ist ein offenes Geheimnis. Wenn Macht vor Recht geht, können diejenigen, die der Macht den Vorrang geben, aber öffentlich nicht so offen sprechen wie der US-General in Belgrad. Also wird versucht, die öffentlichen Worte so zu wählen, dass es klingt, als wenn man nur das «Rechte» wolle. Die Geschichte ist voll von solchen amtlichen Zurechtbiegungen. Auch unsere Gegenwart.

Gegensätzliche Behauptungen zur Nato-Ost-Erweiterung

Hier soll nur ein aktuelles Beispiel herausgegriffen werden, das bei den laufenden Verhandlungen zwischen USA und Nato auf der einen und Russland auf der anderen Seite eine wichtige Rolle spielt: Die russische Führung behauptet, während der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung sei der damaligen sowjetischen Führung zugesagt worden, es werde keine Nato-Ost-Erweiterung geben. USA und Nato behaupten das Gegenteil: Eine solche Zusage habe es nie gegeben, es sei nur um Deutschland gegangen, vor allem aber liege kein schriftlicher Vertrag über eine solche Zusage vor. ... Ausserdem hätte Russland 1997 die Nato-Ost-Erweiterung vertraglich akzeptiert.

Einer der vielen prominenten Nato-Stimmen, die so argumentieren, ist der Leiter der *Münchener Sicherheitskonferenz* und frühere deutsche Diplomat *Wolfgang Ischinger*. So ist in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* vom 10. Januar 2022 zu lesen:

«*Deutschlandfunk*: Herr Ischinger, Moskau argumentiert ja immer wieder, der Westen habe zugesagt, dass sich die Nato nicht weiter Richtung Osten ausweitet – nach dem Fall der Mauer 89, dann 90 auch. [...] Ist da nichts dran?

Ischinger: Nein, da ist nichts dran. Richtig ist, dass es damals im Zusam-

menhang mit den Verhandlungen über den 2+4-Vertrag Gespräche und einen mündlichen Austausch gegeben hat über die Beschränkungen, die man westlicherseits akzeptieren würde. Da ging es um die Einbeziehung der früheren DDR in die Bundesrepublik Deutschland, um die Vereinigung. Es ging um die Frage einer Nato-Mitgliedschaft und so weiter. [...] Dieses Gewispere, dieses Geraune über gebrochene Versprechungen, das ist doch spätestens seit 1997 völlig vom Tisch, weil 1997 [...] die Russische Föderation amtlich und schriftlich die Nato-Erweiterung als Prinzip akzeptiert und die Modalitäten der Nato-Erweiterung mit dem Westen ausverhandelt hat. Die *Nato-Russland-Grundakte*¹ ist das Dokument, mit dem Russland schriftlich die Nato-Erweiterung vor nunmehr 25 Jahren akzeptiert hat.»

Was ist davon zu halten?

1997 tat Russland noch, was USA und Nato forderten

Schon der russische Präsident *Boris Jelzin* hatte eine Nato-Ost-Erweiterung in einem Brief an den US-Präsidenten *Bill Clinton* vom September 1993 als «illegal» bezeichnet und dies auch noch einmal bei einem Treffen in Helsinki im März 1997 wiederholt. Vergeblich! Faktisch musste sich die russische politische Führung in den neunziger Jahren in fast allen Politikbereichen weitgehend an den Vorgaben aus den USA orientieren. USA und Nato waren damals ganz offensichtlich mächtiger, Russland hatte den Übergang vom Sowjetsystem und die ihm vom Westen aufgezwungene «Schockstrategie» (*Naomi Klein*) zu verarbeiten. 1997 – das Jahr, in dem die *Nato-Russland-Grundakte* von Russland unterzeichnet wurde – ist das Jahr, in dem auch *Zbigniew Brzezinski*s Buch «The Grand Chessboard» – in deutscher Übersetzung 1999: «Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft» – erschienen ist. Im Frühjahr 1997 hatten US-amerikanische Neokonservative in Washington D. C. das *Project for the New American Century* (PNAC) gegründet, mit dem für die weltweite Führerschaft der USA geworben werden sollte.² USA und Nato betrachteten Russland 1997 nicht als gleichwertigen Verhandlungspartner – darüber können auch die zum Teil «schönen» Formulierungen in der *Nato-Russland-Grundakte* nicht hinwegtäuschen. Etwas zugespitzt muss man sagen: USA und Nato machten die Vorgaben ... und Russland musste akzeptieren.

Offener Brief aus den USA warnte vor Nato-Ost-Erweiterung

Und wie passt es zu den Aussagen von Herrn Ischinger, dass es einen Monat nach der Unterzeichnung der *Nato-Russland-Grundakte*, im Juni 1997, einen offenen Brief an den damaligen US-Präsidenten *Clinton* gegeben hatte, der eindringlich vor einer Nato-Ost-Erweiterung warnte?³ Unterzeichnet hatten 50 ehemalige US-Senatoren, Regierungsmitglieder, Botschafter, Abrüstungs- und Militärexperten. Zu ihnen gehörten der Verteidigungsexperte des Senats *Sam Nunn*, die Senatoren *Gary Hart*, *Bennett Johnston*, *Mark Hatfield* und *Gordon J. Humphrey* sowie die Botschafter in Moskau *Jack Matlock* und *Arthur Hartman*, *Reagans* Abrüstungsunterhändler *Paul Nitze*, Verteidigungsminister a. D. *Robert McNamara*, der ehemalige Direktor des CIA Admiral *James D. Watkins*, Admiral *Stansfield Turner*, der Diplomat *Philip Merrill*, die Wissenschaftler *Richard Pipes* und *Marshall D. Shulman* und auch die Enkeltochter des US-Präsidenten *Eisenhower*, *Susan Eisenhower*. Der Brief bezeichnete Beitrittsangebote der Nato als «politischen Irrtum von historischen Ausmassen» und wies unter anderem darauf hin, dass in Russland die Nato-Ost-Erweiterung «im gesamten politischen Spektrum» abgelehnt wird. Zudem sei Russland für keinen seiner Nachbarn eine Bedrohung.

Aber schon im Juli 1997, zwei Monate nach der Unterzeichnung der *Nato-Russland-Grundakte* und einen Monat nach dem offenen Brief aus den USA, wurden den ersten drei Beitrittskandidaten – Polen, Tschechien und Ungarn – Beitrittsverhandlungen angeboten. Die Nato-Ost-Erweiterung war schon lange vorher beschlossene Sache, also nicht das Ergebnis von Verhandlungen mit Russland. Und die wenigen Zugeständnisse an Russland – wie sich seit ein paar Jahren zeigt – leicht zu unterlaufen.

Studie einer US-Universität: Nato-Ost-Erweiterung gegen gegebene Zusagen

Marc Trachtenberg, Professor für Politikwissenschaft an der *Universität von Kalifornien* in Los Angeles, hat im November 2020 eine rund 50 Seiten umfassende wissenschaftliche Untersuchung vorgelegt, die 30 Jahre nach 1990 nochmals der Frage nachging, was der sowjetischen Führung in den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung mit Blick auf die Nato-Mit-

«Macht vor Recht ...»

Fortsetzung von Seite 9

gliedschaft des vereinten Deutschlands, aber auch mit Blick auf eine denkbare Nato-Ost-Erweiterung mündlich zugesagt wurde.⁴ Der Titel der Untersuchung lautet: «The United States and the Nato Non-extension Assurances of 1990. New Light on an Old Problem?» («Die USA und die Zusicherungen aus dem Jahr 1990, die die Nato nicht zu erweitern. Neues Licht auf ein altes Problem?»)

Das gut belegte Ergebnis der Studie ist: Anders als bei uns im Westen weithin und auch von Herrn Ischinger behauptet, beinhalteten die Zusagen an die sowjetische Führung sehr wohl auch, dass es keine Nato-Ost-Erweiterung – über Ostdeutschland hinaus – geben sollte. Die verhandelnden Politiker der USA, Deutschlands und der Sowjetunion waren sich schon bei den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung der Tatsache bewusst, dass sich der Warschauer Pakt bald auflösen könnte – tatsächlich löste er sich erst am 1. Juli 1991 auf – und einige der ehemaligen Mitgliedsstaaten eine Mitgliedschaft in der Nato anstreben könnten. Eben deshalb machte der damalige deutsche Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* – mit Zustimmung des US-amerikanischen Amtskollegen *James Baker* – die erwähnten Zusagen. Und diese waren, obwohl nur mündlich gegeben, auch bindend.

An dieser Stelle soll die Studie von Marc Trachtenberg nicht ausführlich wiedergegeben werden. Mit der Empfehlung, den gesamten Text (auf Englisch) zu lesen, soll hier lediglich auf einen Vorgang (Seite 15ff.) hingewiesen werden.

**Genscher und Baker 1990:
keinerlei Absicht, die Nato
Richtung Osten auszuweiten**

In einer gemeinsam mit James Baker abgehaltenen Pressekonferenz am 3. Februar 1990, eine Woche vor entscheidenden Verhandlungen mit der sowjetischen Führung in Moskau, sagte der deutsche Außenminister Genscher:

«Vielleicht darf ich hinzufügen, dass wir [Baker und Genscher] voll darin übereinstimmen, dass es keinerlei Absicht gibt, den Nato-Verteidigungs- und Sicherheitsbereich in Richtung Osten zu erweitern. Das gilt nicht nur für die DDR [...], sondern auch für alle anderen östlichen Länder. Wir sind derzeit Zeugen dramatischer Entwicklungen im gesamten Osten, im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe [Wirtschaftsorganisation des Ostblocks] und im Warschauer Pakt. Ich denke, das ist ein Teil der Partnerschaft für Stabilität, die wir dem Osten anbieten kön-

nen, indem wir ganz klarmachen: Was auch immer innerhalb des Warschauer Paktes passiert, auf unserer Seite gibt es keinerlei Absicht, unser Verteidigungsgebiet – das Verteidigungsgebiet der Nato – Richtung Osten auszuweiten.»⁵

Beim Treffen in Moskau am 9. und 10. Februar 1990 wurde dies auch gegenüber den sowjetischen Verhandlungsführern nochmals unterstrichen. Genscher sagte am 10. Februar dem sowjetischen Außenminister *Schewardnadse*:

«Für uns stehe aber fest: Die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen. [...] Was im übrigen die Nichtausdehnung der Nato anbetreffe, so gelte dies ganz generell.»

Interessant ist auch: Der US-Außenminister hatte am 9. Februar 1990 die Nato-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands gegenüber dem sowjetischen Präsidenten *Gorbatschow* mit dem Argument begründet, mit der Einbindung in die Nato könne ein Deutschland wie vor dem Zweiten Weltkrieg verhindert werden.

Was ist «clever»?

Später haben Genscher und Baker ihre Aussagen vom Februar 1990 relativiert. Es sei alles nicht so gemeint gewesen, wie es gesagt wurde. Man habe «der sowjetischen Führung über die Hürde helfen» wollen, einem wiedervereinigten Nato-Mitglied Deutschland zustimmen zu können.⁶ Auch US-Präsident *Bush senior* wollte schon Ende Februar 1990 nichts mehr von solchen Zusagen wissen. Ende Februar 1990 sagte er dem deutschen Kanzler *Kohl*: «Wir werden das Spiel gewinnen, aber wir müssen clever dabei sein.»⁷

Dass die US-Regierung schon 1990 kein wirkliches Einvernehmen unter gleichberechtigten Verhandlungspartnern suchte, machen verschiedene Forschungsarbeiten deutlich. Christian Nünlist hat diese Forschungsarbeiten 2018 in einer Zusammenschau, «Krieg der Narrative – Das Jahr 1990 und die Nato-Ost-Erweiterung»⁸, referiert – ein Artikel, der ansonsten ganz die offizielle Nato-Position verteidigt. Dort ist – im Zusammenhang mit damaligen europäischen Vorschlägen zur Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung mit grösserer Bedeutung der KSZE (ab 1995 OSZE) – zu lesen: «Aber die USA sperrten sich letztlich gegen eine neue Friedensordnung, die auf kollektiver Sicherheit und einer paneuropäischen KSZE-Lösung beruhen würde.» Interne Akten der US-Regierung Bush hätten gezeigt, «dass diese 1990 anstelle einer neuen kooperativen Sicherheitsstruk-

tur inklusive der Sowjetunion bewusst eine Nato-Lösung und damit eine exklusive Sicherheitsordnung (ohne Moskau) förderte, die auf der fortwährenden US-Militärpräsenz in Europa beruhte und damit auch über den Kalten Krieg hinaus die US-Dominanz in Europa bestätigen würde. [...] Bushs «neue Weltordnung» basierte [...] nicht auf der Idee einer Partnerschaft mit der Sowjetunion». Verschiedene Forscher – so Nünlist weiter – hätten deutlich gemacht, dass die Bush-Regierung «1990 eine triumphale US-Außenpolitik durchsetzte, die einerseits die US-Militärpräsenz in Europa und die Dominanz der Nato in der sich wandelnden europäischen Sicherheitsarchitektur sicherte und die andererseits auch die Sowjetunion aus der Ordnung Europas nach dem Kalten Krieg so weit wie möglich ausschloss».

Falsches Spiel

Joshua R. Itzkowitz Shiffrinson hatte schon 2016 in einem Beitrag für die Zeitschrift *International Security*⁹ geschrieben:

«Die Vereinigten Staaten nutzten Garantien für den Verzicht auf eine Nato-Erweiterung, um sowjetische Schwächen auszunutzen und die Macht der USA im Europa nach dem Kalten Krieg zu stärken. [...] Die Vereinigten Staaten haben 1990 in Gesprächen mit den Sowjets ein kooperatives Gesamtkonzept für das Nachkriegseuropa in Aussicht gestellt und gleichzeitig ein von den Vereinigten Staaten dominiertes System geschaffen. [...] Der amerikanisch-russische Streit über die Nato-Erweiterung ist daher möglicherweise weniger auf eine falsche Darstellung oder Interpretation der Ereignisse von 1990 durch die Sowjetunion zurückzuführen als vielmehr auf die Divergenz zwischen dem kooperativen Ansatz, den die Vereinigten Staaten der Sowjetunion präsentierten, und den stilleren Bemühungen der Vereinigten Staaten, ihre Macht in Europa zu maximieren.»

So bleibt die Frage, wie gut diese Art von «Cleverness», die bis heute zum Zuge kommt, für die internationalen Beziehungen, für das Recht und für den Frieden ist – und wie lange diese Art von «Cleverness» noch akzeptiert wird. Wenn heute von seiten der Regierungen in den Nato-Staaten behauptet wird, man Sorge sich um die Friedensordnung in Europa, um die Souveränität und Integrität der Nachbarn Russlands, und zugleich die russische Politik auffordert, nicht weiterhin so aggressiv zu sein und seine Nachbarn zu

Was Putin in der Ukraine wirklich will

Russland will die Nato-Erweiterung stoppen, nicht Territorium annektieren

von Dmitri Trenin, Direktor des Moskauer Carnegie Center

Gegen Ende des Jahres 2021 legte Russland den Vereinigten Staaten eine Liste von Forderungen vor, die es als notwendig erachtet, um die Gefahr eines weitreichenden militärischen Konflikts in der Ukraine abzuwenden. In einem Vertragsentwurf, der einem US-Diplomaten in Moskau übergeben wurde, forderte die russische Regierung einen formellen Stopp der Nato-Osterweiterung, ein dauerhaftes Einfrieren des weiteren Ausbaus der militärischen Infrastruktur des Bündnisses (zum Beispiel Stützpunkte und Waffensysteme) auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, ein Ende der westlichen Militärhilfe für die Ukraine und ein Verbot von Mittelstreckenraketen in Europa. Die Botschaft war unmissverständlich: Wenn diesen Bedrohungen nicht auf diplomatischem Wege begegnet werden kann, wird der Kreml zu militärischen Mitteln greifen müssen.

Diese Belange waren den westlichen Entscheidungsträgern bekannt, die jahrelang mit dem Argument reagierten, Moskau habe kein Vetorecht gegen die Entscheidungen der Nato und keinen Grund, vom Westen zu verlangen, die Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen. Bis vor kurzem hat sich Moskau diesen Bedingungen widrig unterworfen. Jetzt scheint es jedoch entschlossen zu sein, im Falle des Scheiterns seiner Forderungen Gegenmassnahmen zu ergreifen. Diese Entschlossenheit spiegelte sich in der Art und Weise wider, wie Moskau den vorgeschlagenen Vertrag mit den Vereinigten Staaten und eine separate Vereinbarung mit der Nato präsentierte. Der

Tonfall in beiden Schreiben war scharf. Dem Westen wurde nur ein Monat Zeit gegeben, um zu antworten, wodurch die Möglichkeit langwieriger und ergebnisloser Gespräche vermieden wurde. Und beide Entwürfe wurden fast unmittelbar nach ihrer Übermittlung veröffentlicht, um zu verhindern, dass Washington den Vorschlag an die Öffentlichkeit bringt und ins Gegenteil verdreht.

Wenn der russische Präsident Wladimir Putin so auftritt, als hätte er in dieser Pattsituation die Oberhand, dann deshalb, weil er sie hat. Nach Angaben der US-Geheimdienste hat Russland an der ukrainischen Grenze fast 100 000 Soldaten und eine Vielzahl von schweren Waffen stationiert. Die Vereinigten Staaten und andere Nato-Länder haben das Vorgehen Russlands verurteilt, gleichzeitig aber angedeutet, dass sie die Ukraine, die kein Nato-Mitglied ist, nicht verteidigen werden, und sie haben ihre Drohungen mit Vergeltungsmassnahmen auf die Verhängung von Sanktionen beschränkt.

Aber die Forderungen Moskaus sind wahrscheinlich ein Eröffnungsangebot und kein Ultimatum. So sehr die russische Regierung auch auf einem formellen Vertrag mit den Vereinigten Staaten besteht, so ist sie sich doch zweifellos darüber im klaren, dass eine Ratifizierung eines Vertrags im US-Senat auf Grund der Polarisierung und der Blockade nahezu unmöglich ist. Ein Regierungsabkommen – im wesentlichen eine Vereinbarung zwischen zwei Regierungen, die nicht ratifiziert werden muss und daher nicht den Status eines Gesetzes hat – könnte daher eine realistischere Alternative darstellen. Es ist auch wahr-



Dmitri Trenin (Bild Svetlana TB auf wikimedia.org)

Dmitri Trenin, Direktor des Moskauer Carnegie Center, ist seit der Gründung des Zentrums dort tätig. Er ist auch Vorsitzender des Forschungsrats und des Programms für Aussen- und Sicherheitspolitik. Von 1972 bis 1993 diente er in den sowjetischen und russischen Streitkräften, wo er unter anderem als Verbindungsoffizier in der Abteilung für Aussenbeziehungen der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte (stationiert in Potsdam) und von 1985 bis 1991 als Mitarbeiter der Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Atomwaffengesprächen in Genf tätig war. Ausserdem unterrichtete er von 1986 bis 1993 an der Abteilung für Kriegsstudien des Militärinstituts. Von 1993 bis 1997 war Trenin als Senior Research Fellow am *Institute of Europe* in Moskau tätig. Im Jahr 1993 war er Senior Research Fellow am *Nato Defense College* in Rom.

scheinlich, dass Russland im Rahmen eines solchen Abkommens wechselseitige Verpflichtungen eingehen würde, die auf einige US-Bedenken eingehen, um ein «Interessengleichgewicht» zu schaffen, wie es heisst.

Insbesondere könnte der Kreml zufrieden sein, wenn die US-Regierung einem formellen langfristigen Moratorium für die Erweiterung der Nato zustimmt und sich verpflichtet, keine Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Der Kreml könnte auch durch ein separates Abkommen zwischen Russland und der Nato besänftigt werden, das die militärischen Streitkräfte und Aktivitäten dort einschränken würde, wo sich ihre Territorien treffen, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Natürlich bleibt die Frage offen, ob die Regierung *Biden* bereit ist, ernsthaft mit Russland zusammenzuarbeiten. In den Vereinigten Staaten wird der Widerstand gegen jede Vereinbarung gross sein,

«Macht vor Recht ...»

Fortsetzung von Seite 10

bedrohen, sondern den Weg des Dialoges zu suchen, so klingt das wie Hohn und stellt die Geschichte der letzten 30 Jahre auf den Kopf.

¹ https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de

² vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Project_for_the_New_American_Century

³ <https://www.armscontrol.org/act/1997-06/arms-control-today/opposition-nato-expansion>

⁴ Der Text vom 25. November 2020 kann im Internet heruntergeladen werden: <http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/trachtenberg/cv/1990.pdf>. Die etwas kürzere Fassung der Veröffentlichung in der Zeitschrift *International Security*, Ausgabe Winter 2020/21, S. 162–203, ist zwar auch über das Internet erhältlich, aber kostenpflichtig.

⁵ Rückübersetzung aus dem bei Trachtenberg in Englisch wiedergegebenen Text

⁶ So rechtfertigte zum Beispiel *Hans-Dietrich Genscher* später laut «Frankfurter Allgemeine Zeitung»

vom 19. April 2014 («Ost-Erweiterung der Nato. Das grosse Rätsel um Genschers angebliches Versprechen») seine Zusagen aus der ersten Februarhälfte 1990.

⁷ *Marc Trachtenberg* zitiert den US-Präsidenten auf Seite 33 oben und verweist dabei auf einen 2016 erschienenen Beitrag von Joshua R. Itzkowitz Shiffrinson. «Deal or No Deal? The End of the Cold War and the U.S. Offer to Limit NATO Expansion». In: *International Security*, Vol. 40, No. 4, Spring 2016, Seite 7–44 (https://www.belfercenter.org/sites/default/files/files/publication/003-ISEC_a_00236-Shiffrinson.pdf), wo das Zitat auf Seite 40 mit Belegstelle wiedergegeben wird.

⁸ <https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/sirius-2018-4007.pdf>

⁹ Joshua R. Itzkowitz Shiffrinson. «Deal or No Deal? The End of the Cold War and the U.S. Offer to Limit NATO Expansion». In: *International Security*, Vol. 40, No. 4, Spring 2016, Seite 7–44, hier Seite 11f. (https://www.belfercenter.org/sites/default/files/files/publication/003-ISEC_a_00236-Shiffrinson.pdf)

Artikel aus: *Zeit-Fragen* Nr. 2 vom 25.1.2022

Fortsetzung auf Seite 12

«Was Putin in der Ukraine wirklich will»

Fortsetzung von Seite 11

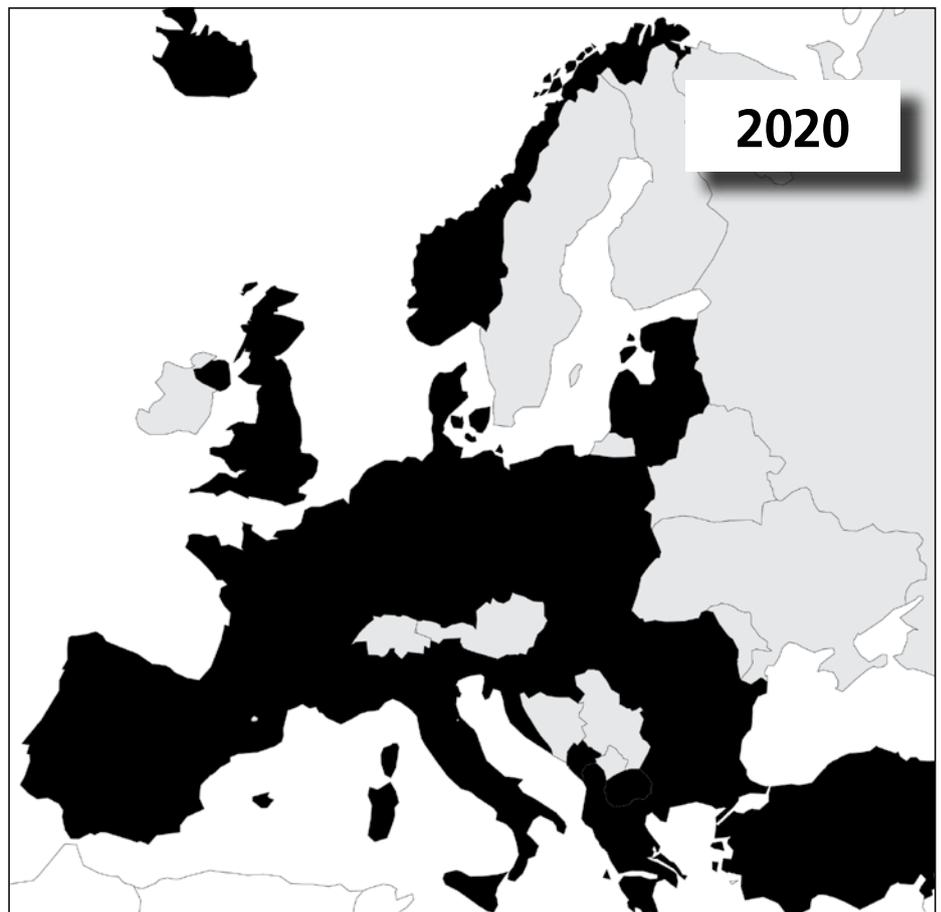
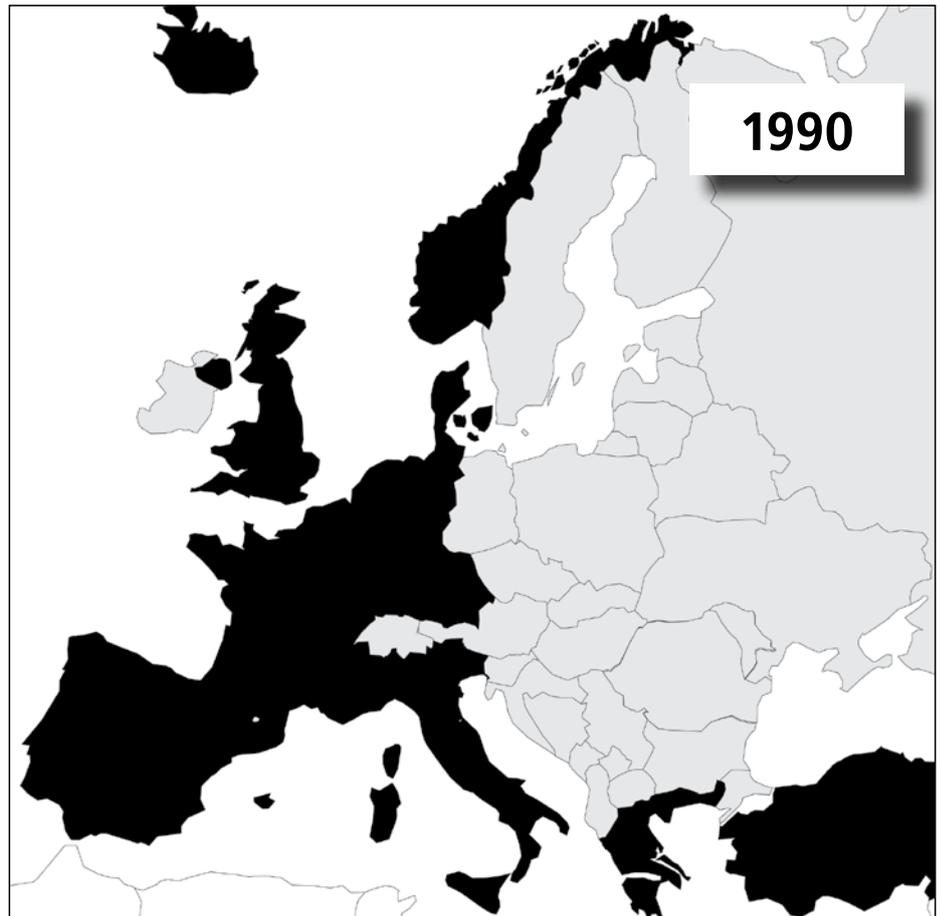
wegen der innenpolitischen Polarisierung und der Tatsache, dass ein Abkommen mit Putin die Regierung Biden der Kritik aussetzt, sie würde einem Autokraten nachgeben. Auch in Europa wird der Widerstand gross sein, da die führenden Politiker das Gefühl haben werden, dass sie bei einer Verhandlungslösung zwischen Washington und Moskau im Abseits stehen.

All dies sind ernste Problempunkte. Es ist jedoch wichtig zu wissen, dass Putin seit vier Erweiterungswellen der Nato im Amt ist und Washingtons Ausstieg aus den Verträgen über das Verbot von Abfangraketen, nukleare Mittelstreckenwaffen und unbewaffnete Beobachtungsflugzeuge akzeptieren musste. Für ihn ist die Ukraine das letzte Gefecht. Der russische Oberbefehlshaber wird von seinen für die Sicherheit zuständigen Institutionen und seinem Militär unterstützt und hat trotz der Angst der russischen Öffentlichkeit vor einem Krieg keine innenpolitische Opposition gegen seine Aussenpolitik. Vor allem aber kann er es sich nicht leisten, als Bluffer dazustehen. Biden hat Recht, wenn er Russlands Forderungen nicht von vornherein ablehnt und statt dessen auf ein gemeinsames Engagement setzt.

Putins «rote Linien»

Es besteht eine erhebliche Asymmetrie in der Bedeutung, die der Westen und Russland der Ukraine beimessen. Zwar hat der Westen dem Land 2008 eine Nato-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, jedoch ohne einen formellen Zeitplan für die Aufnahme. Nach 2014 – als Russland die Krim von der Ukraine übernahm und begann, prorussische Kämpfer in der Donbas-Region des Landes zu unterstützen – wurde es für die amerikanische Regierung schwierig zu entscheiden, ob die Ukraine der Nato beitreten sollte. Denn in den Vereinigten Staaten würde die Entsendung von Truppen, die für die Ukraine kämpfen, in der Öffentlichkeit wenig Unterstützung finden. Washington hat Kiew gegenüber ein Versprechen abgegeben, von dem beide Seiten wissen, dass es nicht eingehalten werden kann. Russland hingegen betrachtet die Ukraine als lebenswichtiges nationales Sicherheitsinteresse und hat sich bereit erklärt, militärische Gewalt anzuwenden, wenn dieses Interesse bedroht ist. Diese Bereitwilligkeit zur Entsendung von Truppen und die geographische Nähe zur Ukraine verschaffen Moskau einen Vorteil gegenüber den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten.

Das bedeutet nicht, dass eine russische Invasion in der Ukraine unmittelbar



Die Ausweitung des Nato-Gebietes von 1990 bis 2020. (Graphik Zeit-Fragen)

bevorsteht. Trotz der Vorliebe westlicher Medien, Putin als rücksichtslos darzustellen, ist er in Wirklichkeit vorsichtig und

kalkuliert genau, insbesondere wenn es

Fortsetzung auf Seite 13

«Was Putin in der Ukraine wirklich will»

Fortsetzung von Seite 12

um den Einsatz von Gewalt geht. Putin scheut keine Risiken – die Operationen in Tschetschenien, auf der Krim und in Syrien beweisen das –, aber in seinen Augen muss der Nutzen die Kosten überwiegen. Er wird nicht einfach in die Ukraine einmarschieren, nur weil die dortige Führung westlich orientiert ist.

Dennoch gibt es einige Szenarien, die den Kreml dazu veranlassen könnten, Truppen in die Ukraine zu entsenden. Im Jahr 2018 erklärte Putin öffentlich, dass ein ukrainischer Versuch, Territorium in der Donbas-Region gewaltsam zurückzuerobern, eine militärische Antwort nach sich ziehen würde. Hierfür gibt es einen historischen Präzedenzfall: 2008 reagierte Russland militärisch auf einen georgischen Angriff auf die abgespaltene Republik Südossetien. Eine weitere rote Linie für Russland ist der Beitritt der Ukraine zur Nato oder die Stationierung westlicher Militärstützpunkte und Langstreckenwaffensysteme auf dem ukrainischen Staatsgebiet. In diesem Punkt wird Putin niemals nachgeben. Im Augenblick gibt es jedoch so gut wie keine Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten und anderer Nato-Mitglieder für einen Beitritt der Ukraine zum Bündnis. Anfang Dezember 2021 teilten Beamte des US-Aussenministeriums der Ukraine mit, dass die Nato-Mitgliedschaft des Landes in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich nicht genehmigt wird.

Sollte die Nato ihre Streitkräfte in den östlichen Mitgliedsstaaten aufstocken, könnte dies zu einer weiteren Militarisierung der neuen Trennungslinie in Europa führen, die entlang der westlichen Grenzen von Russland und Belarus verläuft. Russland könnte dazu provoziert werden, mehr Kurzstreckenraketen in Kaliningrad zu stationieren – dem nicht zusammenhängenden, westlichsten Teil Russlands, der zwischen Polen und Litauen eingeschlossen ist. Ein engeres Militärbündnis mit Belarus könnte noch mehr Druck auf die Ukraine ausüben. Moskau könnte auch die selbsternannten «Volksrepubliken» von Donezk und Lugansk anerkennen und sie in eine neue geopolitische Einheit mit Russland und Belarus integrieren.

Die geopolitischen Implikationen dieser Entwicklungen könnten über Europa hinaus zu spüren sein. Um drastischere westliche Wirtschafts- und Finanzsanktionen abzuwehren – sei es in Erwartung eines russischen Einmarsches in der Ukraine oder als Folge davon – müsste sich Moskau möglicherweise auf Peking stützen, das sich ebenfalls unter zunehmendem Druck der USA befindet.

Die Präsidenten Putin und *Xi Jinping* diskutieren bereits über finanzielle Mechanismen zum Schutz ihrer Länder vor US-Sanktionen. In diesem Fall könnte sich Putins geplanter Besuch in China anlässlich der Olympischen Winterspiele im Februar 2022 als mehr als ein Höflichkeitsbesuch herausstellen. Die Vereinigten Staaten könnten dann erleben, wie sich das derzeitige chinesisch-russische Bündnis in eine engere Allianz verwandelt. Die wirtschaftliche, technologische, finanzielle und militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Mächten würde ein neues Niveau erreichen.

Gegenseitige Schuldzuweisungen

Putins Drohung, auf Gewalt zurückzugreifen, rührt aus seiner Enttäuschung über einen ins Stocken geratenen diplomatischen Prozess. Die Bemühungen des Kremls, den ukrainischen Präsidenten *Wolodymyr Selenskyj* zu einer Einigung im Donbas zu bewegen – die noch Ende 2019 vielversprechend schienen – sind gescheitert. Selenskyj, der als Friedenskandidat in einem Erdrutschsieg die Präsidentschaft errungen hat, ist ein ausserordentlich unberechenbarer Staatsschef. Seine Entscheidung, im Jahr 2021 bewaffnete Drohnen im Donbas einzusetzen, verschärfte die Spannungen mit Moskau zu einem Zeitpunkt, an dem es sich die Ukraine nicht leisten konnte, ihren Nachbarn zu provozieren.

Nicht nur die ukrainische Führung wird von Moskau als problematisch angesehen. Frankreich und Deutschland haben die Bemühungen um eine diplomatische Lösung des russisch-ukrainischen Stillstands zunichte gemacht. Die Europäer, die für die Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 bürgten, die der Region Frieden bringen sollten, waren wenig erfolgreich dabei, die Ukrainer zu einer Einigung zu bewegen. Der deutsche Bundespräsident *Frank-Walter Steinmeier*, damals Aussenminister, konnte Kiew nicht einmal dazu bewegen, einen Kompromiss zu akzeptieren, der Wahlen in der Donbas-Region ermöglicht hätte. Im November letzten Jahres gingen die Russen sogar so weit, private diplomatische Korrespondenz zwischen ihrem Aussenminister *Sergej Lawrow* und seinem französischen und deutschen Amtskollegen zu veröffentlichen, um zu belegen, dass die westlichen Mächte voll und ganz hinter der Haltung der ukrainischen Regierung stehen.

Und obwohl sich der Westen auf die russische Truppenverstärkung in der Nähe der ukrainischen Grenze konzentrierte, kam es zu einer Ausweitung der militärischen Aktivitäten der Nato-Länder in der Schwarzmeerregion und in der Ukraine. Im Juni fuhr ein britischer Zerstörer durch die Hoheitsgewässer

der Krim, die London nicht als zu Russland gehörig anerkennt, und provozierte die Russen, in seine Richtung zu feuern. Im November flog ein strategischer US-Bomber bis auf 13 Meilen [21 km] an die russische Grenze in der Schwarzmeerregion heran und verärgerte Putin. Als die Spannungen zunahmen, strömten westliche Militärberater, Ausbilder, Waffen und Munition in die Ukraine. Die Russen vermuten auch, dass es sich bei einem Ausbildungszentrum, das Grossbritannien in der Ukraine errichtet, in Wirklichkeit um eine ausländische Militärbasis handelt. Putin ist besonders entschieden, dass die Stationierung von US-Raketen in der Ukraine, die Moskau in fünf bis sieben Minuten erreichen können, nicht toleriert werden kann und wird.

Für Russland waren die zunehmenden militärischen Drohungen unüberhörbar. In seinen Artikeln und Reden mag Putin die Einheit des russischen und des ukrainischen Volkes betonen, doch sein wichtigstes Anliegen ist es, die Nato-Ausweitung in der Ukraine zu verhindern. Man bedenke, was er im März 2014 sagte, nachdem er als Reaktion auf den Sturz des ukrainischen Präsidenten *Viktor Janukowitsch* Truppen auf die Krim geschickt hatte. «Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass wir nach Sewastopol reisen würden, um Nato-Matrosen zu besuchen», sagte er über den berühmten russischen Marinestützpunkt auf der Krim. «Natürlich sind die meisten von ihnen wunderbare Jungs, aber es wäre besser, wenn sie uns besuchen und unsere Gäste wären, und nicht umgekehrt.»

Putins Vorgehen deutet darauf hin, dass sein eigentliches Ziel nicht die Eroberung der Ukraine und ihre Eingliederung in Russland ist, sondern die Veränderung der Situation im Osten Europas nach dem Ende des Kalten Krieges. In dieser Konstellation war Russland ein Regent ohne grösseren Einfluss auf die europäische Sicherheit, die von der Nato bestimmt wurde. Wenn es ihm gelingt, die Nato aus der Ukraine, Georgien und Moldawien und US-Mittelstreckenraketen aus Europa herauszuhalten, so denkt er, dass er einen Teil des Schadens beheben kann, der Russlands Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges zugefügt wurde. Nicht zufällig könnte dies eine nützliche Grundlage für eine Kandidatur im Jahr 2024 sein, wenn Putin sich zur Wiederwahl stellt. •

Quelle: <https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2021-12-28/what-putin-really-wants-ukraine> vom 28.12.2021;

© 2021 Council on Foreign Relations, publisher of *Foreign Affairs*. All rights reserved. Distributed by Tribune Content Agency

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Konstruktive Schritte für Verhandlungslösungen

Schweiz will mit ihrem Aktionsplan 2022–2025 die OSZE stärken

von Eva-Maria Föllmer-Müller

In derselben Woche, in der die Gespräche zwischen Russland und den USA in Genf, der Dialog zwischen Russland und der Nato in Brüssel und Gespräche mit Russland im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien sowie weitere Gespräche stattgefunden haben, geht die Schweiz mit konstruktiven Schritten voran und bietet Hand. Damit zeigt die Schweiz einmal mehr, dass ein unabhängiger eigener Weg möglich ist.

Erstens: Im Gegensatz zu Regierungen anderer westlicher Staaten wollte der Bundesrat an den diesjährigen Olympischen Winterspielen in China teilnehmen. Wegen der unsicheren pandemischen Lage in der Schweiz musste er leider absagen.

Zweitens: Am 12. Januar 2022 hat der Bundesrat bekanntgegeben, dass die Schweiz und Russland ihre Zusammenarbeit im Agrarbereich ausbauen wollen. Und zwar schwerpunktmässig in drei Bereichen: im bilateralen Handel, im Pflanzengesundheitsbereich sowie im Veterinärwesen. Hierzu soll von beiden Ländern bis zum Frühjahr eine Absichtserklärung unterzeichnet werden. Russland ist der sechstgrösste Exportmarkt für Agrarprodukte aus der Schweiz. Die Ausfuhren von landwirtschaftlichen Produkten nach Russland machen etwa 250 Millionen Franken pro Jahr aus. Pro memoria: Die Schweiz hat sich den Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen, sondern lediglich festgehalten, dafür Sorge zu tragen, dass die Schweiz nicht zur Umgehung der Sanktionen missbraucht wird.

Aktionsplan 2022–2025

Drittens: Am 13. Januar 2022 hat das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, EDA, seinen «Aktionsplan 2022–2025» zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE präsentiert. Dies geschah anlässlich des Antrittsbesuchs von Bundespräsident Ignazio Cassis bei seinem Amtskollegen Alexander van der Bellen in Wien, dem Sitz der OSZE. Cassis hatte sich dort auch mit dem derzeitigen Vorsitzenden der OSZE, dem polnischen Aussenminister Zbigniew Rau und der Generalsekretärin der OSZE, Helga Schmid, getroffen und ihnen den Aktionsplan als Teil der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 vorgestellt. Dies zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Sicherheitslage in Europa zuletzt ständig verschlechtert hat. Auch in der OSZE hat sich diese Stimmungslage seit 2014 niedergeschlagen. Im Aktionsplan heisst es dazu: «Diskussions- und Ver-

handlungsforen wie der Ständige Rat oder das Forum für Sicherheitskooperation werden heute weniger für substantielle Debatten und eine zielgerichtete Lösungssuche als für Lautsprecherdiplomatie und sterile Schlagabtausche genutzt. Dies widerspricht dem Geist des Dialogs, der die OSZE eigentlich auszeichnet.» (S. 19) Dem will die Schweiz nun entgegenwirken. Denn, wie Bundespräsident Cassis im Vorwort ganz richtig schreibt: «Frieden und Sicherheit in der Schweiz sind nur dann garantiert, wenn auf dem Kontinent – und darüber hinaus – ebenfalls Frieden herrscht.»

Mangel an Vertrauen verhindert Lösungen

Mit ihrem Aktionsplan will die Schweiz dazu beitragen, «auf die Erhaltung und Revitalisierung der OSZE-Errungenschaften hinzuwirken». Damit soll der Handlungsspielraum der OSZE, der vor allem auf Grund der Vertrauenskrise zwischen den Staaten in den vergangenen Jahren immer kleiner geworden ist, wiederhergestellt und gestärkt werden.

Konkret plant die Schweiz, sich «mit Blick auf Helsinki 2025 an der Entwicklung eines Dialogprozesses zu beteiligen; die Rüstungskontrolle und damit das Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten sollen dadurch gestärkt werden. Schliesslich sollen die Kapazitäten zur Konfliktlösung aufgestockt werden».

Hohe Glaubwürdigkeit

Dass dieses auf der Ebene einer konkreten Stärkung der OSZE geschehen soll, ist nicht zufällig, denn, so heisst es im Kapitel «Sicherheit und Vertrauen in Europa» des Aktionsplans: «Die OSZE ist die einzige regionale Sicherheitsorganisation, die Ost und West zusammenbringt. Sie schliesst Russland und die Vereinigten Staaten gleichberechtigt [Hervorhebung ef] ein und ist daher prädestiniert als Forum für Dialog und Vertrauensbildung.» (S. 12)

Für die Schweiz ist die OSZE immer schon ein Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur gewesen; als bisher



Der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis bei den Gesprächen im OSZE Hauptquartier Wien. (Bild OSZE/Micky Kroell)

einziges Land konnte sie dort bereits zweimal den OSZE-Vorsitz übernehmen, 1996 und 2014. Innerhalb der OSZE genießt die Schweiz als Brückenbauerin hohe Glaubwürdigkeit. In der Tradition ihrer Guten Dienste konnte sie schon im Kalten Krieg als neutraler Staat zu Lösungen zwischen den Blöcken beitragen oder wie seit dem Konflikt in der Ostukraine wichtige Dialog- und Verhandlungsprozesse anstossen. In den 1970er und 1980er Jahren arbeitete die Schweiz auch häufig mit anderen «Neutralen und Nichtpaktgebundenen» (also den Blockfreien Staaten) zusammen. •

Quellen:

OSZE Aktionsplan 2022–2025 vom 13. Januar 2022, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA, www.eda.admin.ch

Medienmitteilung des EDA vom 13.1.2022

Medienmitteilung des Bundesrates vom 12.1.2022

Artikel aus: Zeit-Fragen Nr. 2 vom 25.1.2022

zf. Zeit-Fragen gibt es seit 1993. Sie ist eine 14tägig erscheinende Zeitung für den gesamten deutschsprachigen Raum. Herausgegeben wird sie von der Schweizer Genossenschaft Zeit-Fragen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Genossenschaft und Zeitung arbeiten ehrenamtlich. Alle Artikel der deutschsprachigen Ausgabe werden auch in der englischsprachigen (Current Concerns, als pdf) und in der französischsprachigen Ausgabe (Horizon et débats) veröffentlicht.